

XVIII. Stipendiatenkolloquium
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
25.-27. Januar 2018, Ringberghotel Suhl

von
Lilith Buddensiek

Vom 25. bis 27. Januar trafen sich aktuelle und ehemalige Stipendiaten der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Ringberghotel in Suhl, um unter der Leitung von ULRICH MÄHLERT (zuständig für den Bereich Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der Stiftung) ihre Dissertationsprojekte vorzustellen und zu diskutieren. Den Rahmen des Kolloquiums bildete, wie schon in den vergangenen Jahren, die von der Stiftung organisierte „Geschichtsmesse“. Diese war dem Thema „Der diskrete Charme der Diktatur? Gefährdungen von Demokratie gestern und heute“ gewidmet und umfasste eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen (von Vorträgen über Podiumsdiskussionen bis zu Projektvorstellungen und Filmvorführungen), die von den Stipendiaten am Rande ihres eigenen Kolloquiums besucht werden konnten.

Das Kolloquium begann am Abend des 25. Januar mit einigen einführenden Worten Ulrich Mähler's. Mähler't verwies auf den Umstand, dass im letzten Jahr lediglich zwei Promotionsstipendien vergeben worden waren und das Kolloquiumsprogramm mit insgesamt fünf Vorträgen deshalb außergewöhnlich kompakt ausfiel. Im Anschluss an die nachfolgende Vorstellungsrunde eröffnete FLORIAN KORN (Leipzig) die Projektpräsentationen mit einem Vortrag über sein im Februar 2016 aufgenommenes Dissertationsvorhaben „Die ausgestellte Aufarbeitung. Künstlerische und kuratorische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der BRD und der DDR, 1949 bis 1990“. Anhand einer kunsthistorisch angelegten Untersuchung von insgesamt 1092 Gruppen- und Einzelausstellungen versucht Korn, die in den beiden deutschen Teilstaaten erfolgte künstlerische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus nachzuzeichnen und Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Erste Ergebnisse seiner im letzten Förderjahr unternommenen Forschungstätigkeiten stellte er am Beispiel ausgewählter Bilder und Skulpturen vor.

Die in den Jahren 1949 bis 1958 in DDR und BRD ausgestellte Kunst, so Korn, hatte sich thematisch vor allem mit den Kriegszerstörungen in den Städten und dem Kriegsende beziehungsweise der deutschen Kapitulation im Mai 1945 befasst. Ab Mitte der 1950er Jahre hatte sich in den in der DDR veranstalteten Kunstausstellungen dann der Einfluss des „staatlich verordneten Antifaschismus“ bemerkbar gemacht: Kunstwerke, die sich mit kommunistischem Widerstand im Nationalsozialismus (und hier vor allem in den Konzentrationslagern) oder aber der Befreiung Ostdeutschlands durch sowjetische Truppen und dem darauffolgenden Aufbau beziehungsweise Ausbau des Sozialismus beschäftigt, und diese – im Sinne der SED – propagandistisch aufgearbeitet hatten, waren in ihrer Herstellung finanziell gefördert und bevorzugt ausgestellt worden. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Holocaust hatte in beiden deutschen Staaten erst Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre eingesetzt, wobei die nicht-kommunistischen Opfer des Nationalsozialismus in den in der DDR ausgestellten Werken bis in die 1980er Jahre hinein nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten. Im Kontext der Jerusalemer Eichmann- und der Frankfurter Auschwitzprozesse, so Korn weiter, waren in DDR und BRD ab den frühen 1960er Jahren Kunstwerke zur NS-Täterschaft entstanden. In der DDR hatten diese Werke, wie Korn am Beispiel Herbert Sandbergs „Eichmann und die Eichmänner“ (1961) zu zeigen vermochte, immer auch eine anti-bundesrepublikanische Ausrichtung gehabt (die BRD als faschistischer Staat/Täterrepublik). In den 1970er Jahren schließlich, hatte in Westdeutschland eine zunehmende Politisierung der Kunst eingesetzt, die zu einer verstärkten künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und, nicht zuletzt, der versäumten „Aufarbeitung“ desselben in den 1950er und 1960er Jahren geführt hatte.

In der auf die Präsentation Korns folgenden Diskussion wurde zunächst das Erkenntnisinteresse des Promovenden in den Blick genommen. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob es Korn um kulturpolitische (Was war zu einem bestimmten Zeitpunkt als „ausstellbar“ erachtet worden?) oder ästhetische Fragen (Was war zu einem bestimmten Zeitpunkt produziert worden? Wie waren die Werke in der jeweiligen Ausstellung arrangiert worden?) geht. Dem Promovenden wurde empfohlen, die Zielstellung seiner Arbeit entsprechend zu schärfen und in der Anlage stärker zu berücksichtigen. Einen weiteren Diskussionspunkt stellte die momentan stark chronologisch aufgebaute Gliederung dar. Es wurde angeregt, diese systematischer zu fassen, was unter anderem durch eine Ausrichtung an typischen Bildmotiven (Widerstandskämp-

ferInnen, Kriegsende/Kapitulation, Wiederaufbau usw.) zu erreichen wäre. Zuletzt wurde Korn ermuntert, sich bei der Analyse der Ausstellungen nicht ausschließlich auf Ausstellungskataloge zu stützen, da er sonst Gefahr laufe, die darin vorgegebenen Deutungen allzu vorbehaltlos zu übernehmen.

Am Morgen des zweiten Kolloquiumstages setzte ARNE LINDEMANN (Berlin) die Vortragsreihe mit der Präsentation seines (fortgeschrittenen) Promotionsprojektes „Vom Germanenerbe zum Urkommunismus. Wandel und Beständigkeit von Urgeschichtsbildern in Museumsausstellungen der SBZ/DDR“ fort. Lindemann, dessen Arbeit von der Berliner Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy betreut wird, eröffnete seinen Vortrag mit einem Zitat des DDR-Historikers Leo Stern. Wie viele (kommunistische) Vertreter seiner Zunft hatte sich Stern nach 1945 für einen radikalen „narrativen Turn“ vom völkischen Geschichtsbild der Nationalsozialisten zu einem an der Geschichtserzählung Karl Marx und Friedrich Engels ausgerichteten kommunistischen Geschichtsbild eingesetzt. Ziel von Lindemanns Dissertationsprojekt ist es, die praktischen Konsequenzen dieses Postulats am Beispiel verschiedener Dauer- und Sonderausstellungen in den fünf großen SBZ/DDR-Museen zur Ur- und Frühgeschichte (Schwerin, Potsdam, Halle, Dresden und Weimar) nachzuzeichnen. War der dort vollzogene Bruch mit der nationalsozialistischen Narration und Ausstellungspraxis tatsächlich so radikal gewesen? Wo lassen sich Kontinuitäten, wo Veränderungen erkennen?

Seine bisherigen Forschungen hatten ergeben, so Lindemann, dass es bis in die frühen 1960er Jahre hinein keine elementaren Änderungen in der Erzählung und Gestaltung der Ausstellungen gegeben hatte. Dies hatte nicht nur an strukturellen und personellen Kontinuitäten in der Museumsverwaltung und -leitung, sondern zudem an den inhaltlichen Berührungspunkten der Geschichtsbilder – und hier vor allem dem beiden Narrationen inhärenten Glauben an einen vom Fortschritt getragenen Geschichtsverlauf – gelegen. Neu an den Urgeschichtsausstellungen der DDR war die breite Behandlung des Themenkomplexes „Menschwerdung“ gewesen, die sich auf die Mitte der 1950er Jahre einsetzende, gegen den Einfluss der Kirchen gerichtete atheistische Propaganda der SED zurückführen lässt.

In der auf den Vortrag Lindemanns folgenden Diskussion wurde zum einen angeregt, den Untersuchungszeitraum nach „hinten“ hin zu erweitern und neben dem politisch-ideologischen Bruch von 1945 auch jenen von 1989/90 in die Analyse einzubeziehen.

hen. Die für die Anfangsphase der DDR konstatierten (Dis)Kontinuitäten in der aus-
gestellten Ur- und Frühgeschichte ließen sich auf diese Weise gegebenenfalls (noch)
besser einordnen. Zum anderen wurde die Gliederung Lindemanns in den Blick ge-
nommen. So wurde vorgeschlagen, deren aktuelle Zweiteilung in „Rahmenbedin-
gungen“ und Fallbeispielanalyse zugunsten einer stärkeren Verschränkung beider
Bereiche aufzuheben. Die letzte Anmerkung bezog sich auf Lindemanns Quellenbe-
stand. Der Promovend wurde ermuntert, die seiner Analyse zugrundeliegenden Foto-
dokumentationen von Ur- und Frühgeschichtsausstellungen als Anhang in sein Buch
zu integrieren oder aber dem Leser online zur Ansicht zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss präsentierte MARTIN KRIEMANN (Berlin) sein Promotionsprojekt „Le-
benswirklichkeiten nach dem Mauerfall – Zur Rekonstruktion der DDR-
Erinnerungskultur(en) der Nachwendegeneration.“ Kriemann, der seit Anfang dieses
Jahres von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert wird, untersucht aus erzie-
hungswissenschaftlicher Perspektive die Auseinandersetzung junger Menschen aus
Ost- und Westdeutschland mit der DDR-Geschichte. Er versucht zu ergründen, wel-
che Bedeutung die Beschäftigung mit DDR-Vergangenheit und Wiedervereinigung
im Leben der „Nachwendegeneration“ (hier: der zwischen 1990 und 2003 Gebore-
nen) einnimmt und wie, sprich: in welchen Situationen und mittels welcher Quellen,
sie ihr Wissen und ihre Assoziationen generieren. Als Grundlage dienen ihm in un-
terschiedlichen Teilen der Bundesrepublik und verschiedenen institutionellen Kon-
texten (Sportverein, Schule, Universität etc.) durchgeführte, leitfragengestützte
Gruppendiskussionen sowie im Anschluss an ebendiese Diskussionen von den Ju-
gendlichen selbst ausgefüllte Fragebögen zur eigenen Biographie. Zehn der insge-
samt 16 vorgesehenen Gruppendiskussionen hatte er, so Kriemann, bereits durchfüh-
ren und dokumentieren können. In der nun folgenden Analyse sollen typische For-
men der historischen Auseinandersetzung (Worüber sprechen die Diskussionsteil-
nehmer? Wie sprechen sie darüber?) identifiziert und mit den Erfahrungshintergrün-
den der Teilnehmer in Bezug gesetzt werden.

Die an den Vortrag Kriemanns anschließende Debatte drehte sich vor allem um die
der Arbeit zugrundeliegende Methode. Es wurde empfohlen, das Thema „DDR-
/Wiedervereinigung“ erst im Laufe der Gruppendiskussionen zu offenbaren, um eine
ungewollte Pre-Selektion der Teilnehmer (zum Beispiel durch Nichtteilnahme jener,
die mit dem Thema bisher nicht in Kontakt gekommen sind) und, damit zusammen-

hängend, eine Verfälschung des Endergebnisses zu vermeiden. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass Aussagen zu einer möglichen Generationsspezifität nur dann getroffen werden können, wenn die erbrachten Ergebnisse mit denen von Studien zur DDR-Erinnerung älterer Generationen verglichen werden. Vorsicht wurde darüber hinaus bei der Verwendung des (von Egon Krenz in den Diskurs eingeführten, historisch aufgeladenen) Begriffs „Wende“ angemahnt.

Nach einer kurzen Kaffeepause führte RAPHAEL SCHLATTMANN (Berlin) die Projektpräsentationen mit der Vorstellung seines im nunmehr zweiten Jahr von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderten Dissertationsvorhabens „Parmenides, Engels, Einstein – Kontinuität und Wandel ostdeutscher Gravitationsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Philosophie und Politik“ fort. Am Beispiel des (Gravitations)Physikers Hans-Jürgen Treder untersucht Schlattmann die Verflechtungen von Politik, Ideologie und Wissenschaft in der DDR. Gefragt wird, ob und, falls ja, in welcher Weise die gravitationsphysikalische Forschungspraxis Treders von der offiziell legitimierten Geisteshaltung des Marxismus-Leninismus beeinflusst worden war: Hatte es sich bei den in fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen Treders vorkommenden Bezügen auf Marx, Engels und Lenin lediglich um sozialistische Rhetorik gehandelt? Oder hatten deren naturphilosophische Überlegungen tatsächlich Treders eigenen Überzeugungen entsprochen? Inwiefern hatten sie forschungsleitend gewirkt, sprich: Treders Fragestellungen, Untersuchungsmethoden und Ergebnisse beeinflusst?

Treder, der ein über die Maßen begabter Student der Philosophie und Politik gewesen war, hatte früh zur SED gefunden, die ihn mittels Stipendien und anderen Zuwendungen in seinem akademischen Werdegang gefördert hatte. Schon während seines Studiums hatte er im SED-Theorieorgan „Einheit“ publiziert und dabei, neben seiner gesellschaftlichen, auch eine starke intellektuelle Einbettung in die sich formende Kaderphilosophie erkennen lassen. Diese hatte in den folgenden Jahren – während derer Treder in der Physik promoviert, den Vorsitz des Zentralinstituts für Astrophysik übernommen und sich zu einer international anerkannten Autorität in den Gebieten der Gravitationsphysik und Astrologie entwickelt hatte – fortbestanden. So lassen sich auch in seinen späteren Arbeiten (etwa zur Trägheitsfreien Mechanik aus dem Jahr 1972 oder in der Bezugstetraden-Theorie von 1971) deutliche Anklänge an die materielle Naturdialektik erkennen.

Zum Ende seines Vortrages hin, ging Raphael Schlattmann auf Treders geheimdienstliche Verstrickungen ein. Seine Recherchen im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde hatten ergeben, dass Treder über mehrere Jahrzehnte hinweg Informant des Staatssicherheitsdienstes gewesen war und den damit einhergehenden Draht „nach oben“ zur Durchsetzung eigener, wissenschaftlicher wie persönlicher, Interessen genutzt hatte.

In der nachfolgenden Diskussion wurde Schlattmann angehalten, beim Verfassen seines Werkes auch die (auf dem Gebiet der Gravitationsphysik weniger bewanderte) geisteswissenschaftlich gebildete Leserschaft im Blick zu behalten. Dabei gelte es nicht nur, die Forschung Treders allgemein verständlich zu erläutern, sondern zudem deren wissenschaftliche und nicht zuletzt politische sowie wirtschaftliche Relevanz aufzuzeigen. Darüber hinaus wurde der Promovend angeregt, den Fall Treder nicht erst im letzten Drittel seiner Doktorarbeit aufzugreifen, sondern – im Sinne der Anschaulichkeit – inhaltlich mit den anderen beiden Großkapiteln („Theorie und Methode“, „Gravitationsphysik im Spannungsfeld von Philosophie und Politik in der DDR“) zu verweben.

CHRISTOPHER BANDITTS (Potsdam) Präsentation seines in diesem Jahr in das Stipendienprogramm der Stiftung aufgenommenen Dissertationsprojektes „Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980-2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel“ bildete den Abschluss der Vortragsreihe. Anhand von Haushaltsbefragungen aus den Jahren 1980 bis 2000 will Banditt die zu jener Zeit in ostdeutschen Arbeitnehmerhaushalten herrschenden sozialen wie wirtschaftlichen Lebensverhältnisse rekonstruieren, um von diesen Rückschlüsse auf die Entwicklung materieller Ungleichheit in der Region ziehen zu können. In einem weiteren Schritt plant Banditt, die Bedingungsfaktoren für ebenjene Entwicklung zu ermitteln. Diese können zum einen in den Haushalten selbst gelegen haben – etwa im Bildungs- bzw. Qualitätsniveau der Einkommensbezieher oder in der Anzahl der Kinder –, oder aber in politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sozialpolitischen Maßnahmen oder dem mit dem Umbruch von 1989/90 einhergegangenen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dabei, so Banditt, geht es ihm auch darum herauszufinden, ob die politischen Akteure in DDR und wiedervereinigter Bundesrepublik soziale Ungleichheit toleriert, ja, als wirtschaftlichen Anreiz gar für nötig erachtet hatten

oder ob, und falls ja, wie sie versucht hatten, diese mittels sozialpolitischer Maßnahmen abzuschwächen.

Mit Blick auf die „Zäsur“ 1989/90 hatten seine bisherigen Forschungen ergeben, dass der Untergang der DDR und die deutsche Wiedervereinigung tatsächlich gravierende Umbrüche in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen ostdeutscher Arbeitnehmer bedingt hatten, sich jedoch auch Kontinuitäten erkennen lassen. Als Beispiel nannte Banditt die materielle Schlechterstellung „kinderreicher“ Haushalte, die es entgegen offizieller Verlautbarungen der SED bereits vor 1989/90 gegeben hatte.

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde zunächst auf den Begriff der „sozialen Ungleichheit“ Bezug genommen. Dieser sei nicht nur überaus weit gefasst (und geht damit über den von Banditt untersuchten Gegenstand hinaus), sondern zudem negativ konnotiert. Es wurde vorgeschlagen, statt von „sozialer Ungleichheit“ von „ungleicher materieller Verteilung“ zu sprechen. Die weiteren Debattenbeiträge bezogen sich auf mögliche Projekterweiterungen. So wurde zum einen angeregt, den Untersuchungszeitraum in das neue Jahrtausend hinein auszudehnen, zumal die für die Zeit nach 2000 benötigten Quellen sämtlich über das Statistische Bundesamt verfügbar sind. Zum anderen wurde überlegt, ob es sinnvoll ist, neben der faktischen auch die wahrgenommene soziale Ungleichheit/ungleiche soziale Verteilung in die Analyse einzubeziehen. Wie hatten die Ostdeutschen ihre wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse vor 1989/90 erlebt und bewertet, wie danach? Welchen Einfluss hatten die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – etwa der Zerfall der Sowjetunion und die Wiedervereinigung – in diesem Kontext gehabt?

Das Kolloquium endete mit einer kurzen Feedbackrunde in der die Stipendiaten ermuntert wurden, sich mit den eigenen Themen in das Stipendiaten- und das allgemeine Programm der Stiftung einzubringen. Von Seiten der Stipendiaten wurde – wie schon in den Jahren zuvor – der Wert und die Sinnhaftigkeit eines wechselseitigen Austausches hervorgehoben. Man nahm sich vor, diesen auch zwischen den von der Stiftung organisierten Kolloquien aufrecht zu erhalten.